

Rede zum Haushalt 2019 Sitzung des Stadtrates am 29. November 2018

**Hanne Wolf-Kluthausen
Fraktionsvorsitzende FDP Korschenbroich**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
liebe Kollegen und Kolleginnen des Rates,
meine Damen und Herren,

Beginnen möchte ich mit Bürgermeister Marc Venten was in diesem Jahr historisch ist. Historisch ist der Haushalt 2019 nämlich nicht nur, dass wir die letzte Printausgabe des Haushaltsentwurfes ausgehändigt bekamen. Gerade mal zwei Wochen stellt die Verwaltung für Haushaltsberatungen in den Fraktionen zur Verfügung. Dies zeigt in meinen Augen keine besondere Wertschätzung zum Haushalt 2019. Dazu gibt es zwischenzeitliche Überraschungen bezüglich Ergebnisverbesserungen zunächst von 650 T€ zum ausgewiesenen Ergebnis von 241 T€. Und dann noch die Herausforderung in den Haushaltsberatungen selbst, hier schmilzt die Ergebnisverbesserung bis auf 102 T€ zusammen. Alles in allem keine solide Basis und Entscheidungsgrundlage.

Die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD waren in der Hauptausschuss-Sitzung weniger überrascht. Sie hatten offensichtlich mehr Informationen, wie die 14 Anträge zeigen. Letztlich waren es dann doch eher Showanträge. Zur Verbesserung des Haushalts 2019 tragen sie nicht wesentlich bei. Auch wenn vom

Fraktionsvorsitzenden der CDU betont wird: „Als Mehrheitsfraktion haben wir die Aufgabe Lösungen zu finden“. Aber wo ist der große Wurf?

Meine Damen und Herren,
sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen,

Nein - die CDU bleibt mit der SPD ihrem Credo treu: Korschenbroich ist schön, wir bieten Tradition und Heimat, dafür müssen die Bürger und Bürgerinnen zahlen! Eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 590 v.H. ist angemessen und gleicht den Haushalt aus. Der Bürgermeister unterstreicht dies auch in seiner Rede zum Haushalt, Zitat: „Natürlich wachsen in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht nur die Gewinne und Einkommen und damit die Steuereinnahmen, sondern eben auch die Ausgaben. Wenn keine andere Einnahmequelle, wie zum Beispiel die Gewerbesteuer diesen Ausfall kompensiert, muss der Hebesatz der Grundsteuer regelmäßig und gerade in konjunkturell stärken Zeiten zwangsläufig nach oben angepasst werden, es sei denn, man setzt auf neue Schulden“. Ist das etwa schon der Freibrief für weitere Grundsteuererhöhungen in nächster Zukunft? Ich meine Ja!

Die Ergebnisse laut Haushaltssanierungsplan 2019 – 2021 fallen bei weitem nicht mehr so positiv wie im letzten Jahr noch prognostiziert aus. Die Einnahmen aus dem Baulandmanagement der großen Baugebiete sind vorbei, die Konsolidierungshilfe des Landes von insgesamt über 11 Mio. Euro läuft in 2020 aus und die Kreisumlage hält immer neue Überraschungen vor. Mit einem Hebesatz von 590 Punkten liegen wir noch gut, so der Bürgermeister. Der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B von Stärkungspaktkommunen – die in der Regel nach Einwohner und Fläche viel größer sind als Korschenbroich – liege heute schon bei 694 Punkten.

In jedem Fall geht die Verwaltungsspitze davon aus, dass die anstehende neue Grundsteuerbewertung für Korschenbroich günstig ausfallen wird, da in den letzten

30 Jahren die Grundstückspreise in unserer Stadt im Durchschnitt um mehr als 115 Prozent gestiegen sind. Bei dieser Berechnung könnte heute schon ein Hebesatz von etwa 645 Punkten zu Grunde gelegt werden.

Es sind Verfehlungen jahrzehntelanger Politik des Aussitzens. Seit Ende der 90er Jahre ist der Korschenbroicher Haushalt ein Sanierungsfall. Wiederholte Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung von uns Freie Demokraten, aber auch der GPA, passten nicht ins Konzept des Bewahrens der CDU und wurden ignoriert. Mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzsystem (NKF) versteckte man sich hinter die Ausgleichsrücklage. Der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU sah bereits in 2008 „das Tal der Tränen durchschritten“. Konsolidierung setzte überhaupt erst ab 2012 als Stärkungspaktkommune wegen drohender Sanktionen bei Nichteinhaltung der Zielvorgaben ein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,
meine Damen und Herren,

Kommen wir jetzt zu den Haushaltsberatungen und Anträgen für das Haushaltsjahr 2019. Großes Thema in den letzten Wochen waren die **Wiedereingliederung von Stadtpflege und Abwasserbetrieb**. Nach langen Diskussionen verfolgt nun auch die Verwaltung nur noch die Reintegration von Stadtpflegedienst. Im gemeinsamen Hauptausschuss und Betriebsausschuss am 20. November wurde auch mit unserer Stimme der Beschluss dazu gefasst. Der Abwasserbetrieb soll als eigenständiger Betrieb wie durch uns gefordert, weitergeführt werden. Denn nur eine unabhängige, wirtschaftliche Betriebsführung liefert die Transparenz im Sinne der Bürger und Bürgerinnen bei Preisen und Gebühren.

Soweit so gut - nun sieht es aber ganz danach aus, dass der städtische Abwasserbetrieb zur Melkkuh wird. Man möchte auf die Gewinne des Abwasserbetriebes in voller Höhe zugreifen und auch auf zusätzliche Erträge durch

Zinszahlungen auf die stillen Beteiligungen von Strom und Gas. Dabei soll die stille Beteiligung für Strom und Gas bei der NEW auf den Abwasserbetrieb übertragen werden und auf den Höchstbetrag aufgestockt werden. Alles in allem legal, aber mahnt doch zur Vorsicht!

Für das Jahr 2019 hat man bereits für den städtischen Haushalt den gesamten Gewinn des Abwasserbetriebes verbucht. CDU/SPD begründen ihren Antrag durch die Ertragslage und Eigenkapitalsituation des Abwasserbetriebes und der städtischen Haushaltssituation. Deshalb sei eine zusätzliche Gewinnausschüttung geboten. Insgesamt soll zukünftig, frühestens ab 2020, das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren zur Anwendung kommen. Hier handelt es sich um eine reine buchhalterische Bewertung, bei der der erwirtschaftete Überschuss des städtischen Abwasserbetriebes den Beteiligungsertrag im Kernhaushalt der Stadt erhöht und die Entnahmen wieder dem Eigenkapital des Abwasserbetriebes zugeführt werden.

Wir weisen darauf hin, dass das Verfahren nur in Ausnahmesituationen annualisiert werden kann, wenn der Haushalt es erfordert. Eine jährliche Abstimmung ist deshalb erforderlich. Außerdem darf dieses Verfahren nicht zur Aushöhlung und einem Bewertungsrisiko in der städtischen Bilanz führen. Und die bisherigen Rücklagen für Anlageninstandsetzung (Stand 31.12.2016: 7.212.662,91 €) dürfen nicht abgeschmolzen werden.

Mit Verwunderung haben wir als FDP den Antrag von CDU/SPD zur **Übertragung von Sportstätten auf örtliche Sportvereine** gelesen und fragen uns warum erst jetzt? Die hohen Kosten für Pflege und Unterhaltung beim Stadtpflegedienst haben wir schon vor vielen Jahren moniert und Anträge wiederholt gestellt. Es war der frühere Bürgermeister und die CDU die sehr aktiv dagegen gearbeitet haben. Die Einsparungen hätten also schon vor Jahren den Haushalt nachhaltig entlasten können. Auch so ein Fall des Aussitzens!

Aber das Thema ist natürlich noch nicht gegessen. Erst stehen noch Verhandlungen an. Wir sind gespannt was am Ende rauskommt.

Land auf Land ab sprudeln seit Jahren die Steuereinnahmen. In Korschenbroich entwickeln sie sich im Vergleich dazu unterproportional. Einnahmen aus der Gewerbesteuer wurden auf lange Zeit verspielt. **Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung** waren 16 Jahre lang Fremdwörter. Ich wiederhole mich zu meinen früheren Haushaltsreden. Auch für dieses Versagen müssen die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt jetzt zahlen. Ich freue mich aber, dass sich im Rathaus endlich der Wind dazu merklich gedreht hat. Es ist zu wünschen, dass dies dem zukünftigen Haushalt zu Gute kommt.

Schon bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr haben wir in einem gemeinsamen Antrag mit Die Aktive und Bündnis 90/ Die Grünen den außerordentlichen Zeitverzug bei der **Organisationsuntersuchung Flächen – und Liegenschaftsmanagement** bemängelt. Was ist ein Jahr später passiert – weiteres Vertrösten mit Hinweis, dass sich zwischenzeitlich völlig andere Situationen ergeben haben und sowieso nicht mit großen Potenzialen zu rechnen ist. Wir gehen weiter davon aus, übrigens die Bezirksregierung sieht das ähnlich, dass Entscheidungen und problematisch erkannte Strukturen mit Kalkül nur länger als nötig beibehalten und damit einhergehende, notwendige Effizienzsteigerungen verhindert werden. Wann das Konsolidierungspotenzial letztlich genutzt werden kann, ist nach diesen Aussagen völlig offen.

Schade dass sich die Verwaltung so gar nicht einsetzen möchte, wenn es um **Straßenausbaubeiträge** geht. Wir haben in einem gemeinsamen Antrag mit Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, dass die Verwaltung mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kontakt treten soll und auf die Abschaffung von Straßenausbaubeiträge einwirken soll, natürlich bei gleichzeitiger Beachtung

entsprechender Gegenfinanzierung. Schließlich können Baustellen vor der eigenen Haustür Eigenheimbesitzer in NRW mehrere zehntausend Euro kosten und zu existenzielle Probleme führen. Forderungen nach einer Finanzierung ohne unmittelbare finanzielle Beteiligung der Anlieger gibt es seit Jahren. Viele Bürgermeister in NRW, egal welcher politischen Partei sie angehören, stellen sich dem Thema und sind schon aktiv geworden. Warum kann das nicht auch der Korschenbroicher Bürgermeister?

Und da wäre noch die **Organisationsuntersuchung der internen Verwaltung**, die seit Februar 2018 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Verwaltungsspitze und seit jetzt rund zwei Wochen auch die politischen Vertreter zeitlich bindet. Außer einem Handbuch, was vermutlich in den Schubladen verschwinden wird, kann ich nach zwei mäßigen Präsentationen bis jetzt keine wirklichen Optimierungspotenziale zur Haushaltskonsolidierung erkennen. Da müssen wir wohl noch in den Fraktionen intensiv nacharbeiten. Schön, dass wenigstens die Vertreterin des Düsseldorfer Beratungsbüros Stellwerk selbstbewusst bleibt und erklärt: „Ich glaube, wir haben ein ziemlich gutes, modernes Modell vorgelegt, eines, das zur Stadt Korschenbroich passt“.

Schade ist auch, dass bei einer nach der Organisationsuntersuchung nun so „modern“ aufgestellten Verwaltung, man sich völlig vor modernen Medien wie beispielsweise **Facebook** verschließt. Gerade im Zusammenhang mit der Digitalisierung und der geplanten neuen städtischen Homepage wäre der Zeitpunkt der Richtige, um ein bürgerfreundliches und innovatives Erscheinungsbild aufzuzeigen, welches vor allem auch jüngere Zielgruppen ansprechen würde.

Ich komme jetzt zum Schluss meiner Rede. Ich finde es gut, dass bei all den finanziellen Problemen, die uns sicherlich noch lange beschäftigen werden, die Zukunft doch nicht aus den Augen verloren gegangen ist und begrüße es, dass in der

Rede des Bürgermeisters die Agenda „Stadt. Land. Zukunft“ angestoßen wurde. Alle Bürger und Bürgerinnen, Vereine, Verbände, Ehrenamtler, Unternehmen und Politik sollen unsere Stadt in die Zukunft entwickeln. Die Vision, wohin sich Korschenbroich bewegen möchte, kam mir bisher stets zu kurz. Jetzt ist sie da! Hoffen wir das Beste.

Die FDP Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf und dem Haushaltssanierungsplan 2019 nicht zu.

Vielen Dank!